

Wer ist bürgerlich?

Aus: Das Magazin 2007/42 (www.dasmagazin.ch)

von Kurt Imhof

Warnung! Nach dieser Lektion könnten Bürgerliche merken, dass sie Unbürgerliche gewählt haben. Und umgekehrt.

Inhaltsverzeichnis

- 1 Die Verbürgerlichung der Schweiz
- 2 Vaterlandsliebe, Vernunft und Erfolg
- 3 Zu Hause in der freisinnigen Grossfamilie
- 4 Bedrängt von Fremdenfeinden und 68ern
- 5 Die Entbürgerlichung der Schweiz
- 6 Was ist denn heute noch bürgerlich?

Glauht man den Qualitätszeitungen dieser Welt, die sich ungewöhnlich intensiv mit dem eidgenössischen Wahlkampf beschäftigen, dann haben wir ein ernst zu nehmendes Problem. Was hierzulande als bürgerlich etikettiert wird, unsere SVP, dem wird in Grossbritannien («Independent»), den USA («New York Times»), in Deutschland («Spiegel», «Frankfurter Allgemeine Zeitung», «Süddeutsche Zeitung»), Spanien («El País»), Italien («La Stampa») und in Frankreich («Le Monde») keinerlei Bürgerlichkeit zugesprochen. Die SVP wird in den Zusammenhang rechtspopulistischer und rechtskonservativer Parteien gerückt, die in ganz Europa ähnliche Positionen vertreten.

Schlimmer noch: Beschrieben wird eine Differenz zwischen dem schweizerischen Selbstverständnis und der Reputation der Schweiz als einer der ältesten demokratischen Nationen und einer real existierenden politischen Kultur der Ausgrenzung, der Respektlosigkeit gegenüber den Institutionen des Rechtsstaates und der Fixierung auf Wahlkampfthemen, die man zwar von rechtsradikalen Kräften erwartet, die aber etablierter Demokratien unwürdig sind. Diese

Berichterstattung müssen wir aus drei Gründen ernst nehmen:

Erstens haben wir es bei diesen Medien mit den Zentralorganen der politischen Öffentlichkeit der jeweiligen Länder zu tun. Sie prägen den wirtschaftlichen und politischen Ruf der Schweiz. Das Image einer fremdenfeindlichen Schweiz ist Gift für den Finanzplatz.

Zweitens geht es um unsere eigene politische Kultur: Wenn unsere politische Sprache eine Partei als bürgerlich bezeichnet, die diese Bezeichnung nicht verdient, dann haben wir ein Problem der Selbstwahrnehmung.

Drittens geht es um das Gros der Mitglieder und Wähler der SVP, die sich selbst und ihre Partei als durch und durch bürgerlich empfinden und sich nichts Falsches dabei denken. Nun konnten wir aber dem

Wahlkampf keine Definition des «Bürgerlichen» entnehmen. Die Rede von der Notwendigkeit und der Sicherung einer bürgerlichen Mehrheit, von bürgerlichen Allianzen und bürgerlichen Standesvertretungen, die landauf und landab die eidgenössischen Wahlen kennzeichnete, verrät dem Stimmbürger nicht, was «bürgerlich» bedeutet. Was also heisst eigentlich «bürgerlich»?

Die Verbürgerlichung der Schweiz

Beginnen wir mit einem politischen Wunder: Seit der Ära des Bürgerblocks nach dem Generalstreik und den Wahlen von 1919 wurde «bürgerlich» mit politischen Kräften verbunden, die alles andere als «bürgerlich» waren. In der Zuschreibung der Eigenschaft «bürgerlich» für die Katholisch-Konservative Volkspartei (KVP seit 1912, heute CVP) und die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB seit 1917, heute SVP) zeigt sich das gelungene schweizerische «Nation Building»: Dass sich beide Parteien nun als bürgerliche Parteien bezeichneten, bedeutete auch die Beilegung des fundamentalen Konfliktes zwischen dem antiklerikalen Freisinn und den katholisch-konservativen «Ultramontanen».

Vor allem aber zeigte sich in diesem neuen bürgerlichen Frieden der Wille zur gemeinsamen Abwehr eines neuen Gegners, der mit seinen Vorgängerorganisationen einst auch der freisinnigen Grossfamilie angehört hatte: der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS seit 1888). Dieser neue Konflikt verdrängte die alten Konflikte und führte in der Zwischenkriegszeit zur strikten Aufteilung des politischen Spektrums in links und rechts bzw. in Bürgerblockparteien und Arbeiterbewegung. Letztere teilte die Welt auf die gleiche Art und Weise, verwendete aber zusätzlich das Begriffspaar Proletariat und Bourgeoisie und erhob den Freisinn zum eigentlichen Vertreter der Interessen des Bürgertums. Das änderte aber nichts an der politischen Zweiteilung der Welt. Diese Zweiteilung überlebte die Integration von Gewerkschaften und Sozialdemokratie in die Konkordanz der geistigen Landesverteidigung (1937-1939). Sie überlebte die kulturevolutionäre 68er-Bewegung (die allerdings die Sozialdemokratie dem bürgerlichen Lager zuordnete), und sie überlebte den Kalten Krieg.

«Bürgerlich» stand in diesen 70 Jahren zwischen 1920 und 1990 zunächst für die Vaterlandsverteidigung gegen den Bolschewismus, für die klare Befürwortung der Landesverteidigung, für eine sozialmarktwirtschaftliche Wirtschafts- und Sozialpolitik, seit 1946 für die strikte Integration der Schweiz im Westen gegen den Osten und in dieser ganzen Zeit für den Staat gegen alle Staatsfeinde. Wer gegen das schweizerische Staatswesen war, war gegen die Freiheit. Auf dieser Basis hielten sich die Differenzen zwischen den bürgerlichen Parteien in engen Grenzen.

Die Kirche blieb in der Schweiz im Dorf, zumal sich die Sozialdemokratie in dieses Dorf einfügte. Seit 1936 votierte die Partei für die Landesverteidigung, 1943 gliederte sie sich anstandslos und anständig in den Bundesrat ein, mit der AHV-Abstimmung 1946 machte sie endgültig ihren Frieden mit der sozialen Marktwirtschaft, und mit dem Koreakrieg (1950–1953) entschied sie sich dezidiert für die Westintegration der Schweiz. Für den Erhalt und den Ausbau ihres Staatswesens war sie ohnehin seit ihrer Gründung, insbesondere aber seit dem Frühling 1933, also nach der Machtergreifung der NSDAP. Die Schweiz, das war die Basis ihres Erfolgs im 20. Jahrhundert, wurde mitsamt ihren wichtigsten politischen Kräften verbürgerlicht, und bürgerlich zu sein hiess, sich für diesen Staat einzusetzen. Natürlich lief dieser Verbürgerlichungsprozess nicht ganz reibungslos ab. Die Katholisch-Konservativen glaubten in den 1920er-Jahren, mit dem internationalen jüdischen Bolschewismus, der SPS und der Kommunistischen Partei der Schweiz (KPS) den Antichrist vor sich zu haben. Als Reaktion darauf verbündeten sie sich 1934 mit den Frontenbewegungen für eine Totalrevision der Bundesverfassung zwecks Errichtung eines zutiefst unbürgerlichen Ständestaates. Der Zürcher Freisinn ging in den städtischen Wahlen 1933 eine Allianz mit denselben Frontenbünden ein. Und die BGB hatte es in diesen Jahren mit Bauernbünden zu tun, die alles andere als bürgerlich-demokratisch waren. Umgekehrt entfernte die Sozialdemokratie den Klassenkampfparagrafen erst 1936 aus den Parteistatuten, und sie hatte am Ende des Zweiten Weltkriegs Mühe, sich sofort auf die Seite des Westens zu schlagen. Aber die Tendenz blieb eindeutig: Die Schweiz wurde verbürgerlicht, in den Grundlagen waren sich alle Parteien einig. 1959 erzielte diese Konkordanz die Weihe der Zaubersformel.

Vaterlandsliebe, Vernunft und Erfolg

Wie lässt sich dieser eindrückliche Verbürgerlichungsprozess erklären? Oder: Was machte den Freisinn, unsere Ursprungsbürgerlichen, so vereinnahmend? Die Antwort liegt nicht im 20., sondern im 19. Jahrhundert. Auf der Basis der Aufklärung formierte sich das schweizerische Bürgertum vorab protestantischer Konfession. Es war geprägt von einer ausgeprägten Arbeitsethik, einem republikanischen Patriotismus, und es war zutiefst davon überzeugt, dass der Weltgeist der Vernunft auf seiner Seite stand. Zum Ziel allen Strebens wurde die geradezu heiliggesprochene Nation. Organisiert waren diese Bürgerlichen in Schutzvereinen (gegen die konservative «Reaktion»), in Nationalvereinen, Lesegesellschaften, in der Studentenvereinigung Helvetia, in der Helvetischen Gesellschaft und in zahllosen Schützenvereinen, die unablässig das Rütli glorifizierten. Einig war man sich zwar selten – aber immer dann, wenn es darauf ankam. Die drei

unterschiedlichen Strömungen, die «Liberalen» um Alfred Escher, die als Bundes- bzw. Eisenbahnbarone bezeichnet wurden, die revolutionären «Radikalen», die eigentlichen Staatsgründer, und die linken «Demokraten», sorgten für eine reiche Debatte, der wir den pragmatischen schweizerischen Liberalismus verdanken. Der gemeinsame Feind sorgte für die Integration dieses streitbaren Bürgertums über die Sprachgrenzen hinweg. Die (eid)genossenschaftliche Tradition und vor allem der Glaube an die Kraft des besseren Arguments führten in einigen Kantonen bereits 1831 und auf bundesstaatlicher Ebene 1848 zum allgemeinen Wahlrecht ohne jeglichen Zensus. Und 1874 führte dieser Vernunftglaube sogar zur direkten Demokratie (Referendum). Diese tatsächlichen Demokratie-Rekorde verdanken wir also den «Bürgerlichen» des 19. Jahrhunderts. Der unbändige Glaube an die Vernunft und die aus allen Poren dieses Bürgertums strömende Vaterlandsverehrung bewirkten einen zielstrebigem Auf- und Ausbau des Staatswesens. Der Manchesterliberalismus, das Original des Neoliberalismus, wurde in diesem Bürgertum an den Rand gedrängt. Man wollte keinen Nachwächterstaat. Im Gegenteil: Die «Radikalen» und die «Demokraten» setzten sich gegen die «Bundesbarone» durch. Und auch der Grütliverein, der die Arbeiterbewegung repräsentierte, kämpfte als Mitglied der freisinnigen Familie an deren Seite: Ein Volksheer zur Verteidigung gegen aussen, das allgemeine Schulwesen, ausgezeichnete Universitäten und technische Hochschulen, die beste Post, die besten Verkehrsverbindungen, die fortschrittlichste Energieversorgung, die sichersten Banken, das beste private und öffentliche Recht mitsamt einer soliden und unabhängigen Justiz, Sozialreformen, ein gerechtes Steuerwesen sowie Kunst-, Opernhäuser und Theater waren eine Selbstverständlichkeit. Schliesslich hielt man etwas auf die eigene Bildung, und ausserdem war diesem auf Ausgleich bedachten Bürgertum bei der Möblierung seines Staates klar, dass man eine Fabrik auch nicht mit rückständigen Maschinen bestückt. Im Effekt bedeutet dies, dass die bürgerliche Elite bei den grossen Investitionen in das Staatswesen überall, wo es ging, staatliches und privates Kapital genauso kombinierte. Analog zum Milizprinzip, das die Verbindung politischer, militärischer und privatwirtschaftlicher Tätigkeiten zur Norm für jeden erhob, der es in der Schweiz zu etwas bringen wollte. So schufen die «Bürgerlichen» mit den Kantonalbanken, den Wasserschlössern, den kantonalen Sozialreformen, den Verkehrsverbindungen, der Post und dem Rechtsstaat eine Investitionssicherheit und eine Infrastruktur, die ihresgleichen suchte. Der Markt hatte seinen Platz da, wo er funktionierte, niemand durfte zu gross werden; wenn doch, hatte man den Staat, der eingreift. Auch aussenpolitisch war man gegenüber Grösse äusserst vorsichtig. Die Grossmächte und das Grossmachtstreben wurden in der weltweit gewichtigsten aussenpolitischen Berichterstattung gleich in drei

Sprachen verfolgt. Und natürlich war man eifriger Verfechter des humanitären Völkerrechts: Man gewährte den «bürgerlichen» Revolutionären der umliegenden Länder Asyl, und wenn alle Stricke reissen sollten, war man ja bis auf die Zähne bewaffnet.

Zu Hause in der freisinnigen Grossfamilie

Die Tugenden des schweizerischen Bürgertums des 19. Jahrhunderts waren somit: Arbeitsethik, republikanischer Patriotismus, der die geeinte Nation über alles stellte, stolzer Etatismus, ideologischer Pragmatismus, Antiklerikalismus, Gleichheits- und Wohlfahrtsstreben ebenso wie ein Bildungs- und Kulturstreben, Argwohn gegen aussen und der Glaube an die Vernunft.

Auf dieser Basis konnte sich das freisinnige Bürgertum auf die Konkordanz von 1891 mit dem Bürgerkriegsgegner einlassen; man sah sich im Besitz der überzeugenderen Argumente. 1894 formierte sich die freisinnige Grossfamilie, die die Schweiz geschaffen hat, auf nationaler Ebene in der Freisinnig-demokratischen Partei. In den Gründungsstatuten der FdP von 1895 kommt das nationalstaatsorientierte Selbstverständnis dieses Bürgertums eindrücklich zum Ausdruck: «Die Freisinnig-demokratische Partei der Schweiz bezweckt die Pflege und Förderung des eidgenössischen Staatsgedankens und die demokratisch-fortschrittliche Entwicklung der Institute des Bundes. Sie widmet darum ihre Tätigkeit insbesondere den Sozialreformen und nimmt dadurch entschieden Stellung gegen jene Bestrebungen, die auf die Zerstörung der Grundlagen unseres staatlichen und gesellschaftlichen Lebens abzielen. Sie bekämpft die Übergriffe des Ultramontanismus und die Reaktionäre jeder Art.» Natürlich war dieser schweizerische freisinnige Liberalismus nicht frei von ideologischen Verblendungen: Der Sonderbundskrieg und der verbissene Kampf gegen den Ultramontanismus, der den katholischen Konservatismus erst hervorbrachte und radikalisierte, und der ebenso verbissene Antikommunismus der 1920er-Jahre, der den integrativen Pragmatismus des Freisinns eintrübte und die Koordinaten des schweizerischen Liberalismus in Gestalt von Sicherheitsgesetzen (Lex Häberlin I und II), der Ausländergesetzgebung (1932) und im Frontenabenteuer 1933/1934 durcheinanderbrachte.

Aber von 1935 an setzten der Freisinn und die Sozialdemokratie vorsichtig auf eine erweiterte Konkordanz, nachdem man noch 1928 die BGB gegen die Arbeiterbewegung in den Bundesrat hatte einziehen lassen. Die Gewerkschaften initiierten den ersten Gesamtarbeitsvertrag von 1937, die Sozialdemokratie erklärte die Einheit von geistiger, wirtschaftlicher und militärischer Landesverteidigung und zog endgültig in ihren Staat ein. Dadurch kam die Verbürgerlichung der Schweiz so richtig in Gang: Die Katholisch-Konservativen verabschiedeten sich nach dem Desaster der Totalrevisionsinitiative

1935 von ihren Ständestaatsträumereien und bauten sich selbst eine Brücke in die geistige Landesverteidigung, indem sie den Arbeitsfrieden und die sozialreformerische Arbeitslosengesetzgebung von 1939 zum Ergebnis ihrer Ständestaatspolitik erklärten, und der Freisinn schrieb sich 1944 Sozialreformen an die oberste Stelle seines Parteiprogramms. Durch die Kriegswirtschaft und die Bundessteuern wurde der Staat gestärkt, 1946 kam dann endlich die AHV, die die Sozialdemokratie schon beim Generalstreik 1918 eingefordert hatte, und im Koreakrieg 1950 zelebrierten alle vier staatstragenden Parteien eine Renaissance der geistigen Landesverteidigung, verschworen sich gegen das Böse im Osten, machten die Schweiz in der Zivilverteidigung zur Weltmeisterin im Bunkerbau und fichteten von nun an bis 1990 alles Staatsfeindliche: Freiheit wurde integral mit dem schweizerischen Staatswesen verbunden. Bürgerlich hiess nun erst recht Vaterlandstreue, dann Landesverteidigung und Antikommunismus, auch wenn die Sozialdemokratie dieselben Positionen vertrat. Antietatismus vertrug sich nicht mit diesem Programm; mit der sozialen Marktwirtschaft hatte man das Systemproblem gelöst, ausserdem waren die Bauern, die im Notfall für die Autarkie des Landes zu sorgen hatten, ohnehin seit dem Krieg Bestandteil einer eigentlichen Staatswirtschaft. Vereint schlossen Freisinnige, Konservative, Sozialdemokraten und BGBler im Ungarnaufstand 1956 wieder an die humanistische Tradition des 19. Jahrhunderts an, die im Zweiten Weltkrieg «vergessen» worden war, und machten die Schweiz zum wichtigsten Asylland der Ungarnflüchtlinge, dann 1961 zum Asylland der Tibetflüchtlinge, und 1968 beherbergte die Schweiz wieder den grössten Teil der Flüchtlinge aus der Tschechoslowakei. Nach wie vor fühlte sich der Freisinn als die staatstragende Partei, er war es, der die Nation zu einen und zu führen hatte. Im Zeichen der äusseren Gefahr galt ihm die Schweiz als Hort der Freiheit, und die nationale Idee hatte die konfessionellen, sprachlichen und wirtschaftlichen Gegensätze zu überwinden. Wer sonst als die Freisinnigen – so ihr Selbstverständnis – konnte diese Aufgabe erfüllen? Freilich leitete sich daraus auch ein Machtanspruch ab, der den Wahlanteilen schon längst nicht mehr entsprach: Den Weg zur Zauberformel 1959 mussten sich die Katholisch-Konservativen und die Sozialdemokraten über eine geschickte Allianz erkämpfen. Im Kern waren alle «Zauberformelparteien» bürgerlich. Verglichen mit dem 19. Jahrhundert repräsentierte der Bundesrat ab 1959 mit den ursprünglich abgespaltenen Sozialdemokraten und Bauern wieder alle wesentlichen freisinnigen Familienmitglieder, und man war mit den Katholisch-Konservativen erst noch vereint mit dem alten Feind, weil man gemeinsam einen neuen hatte. Diese Verbürgerlichung der Schweiz hatte den Kalten Krieg zur Voraussetzung, sie führte aber auch zum Schwund der programmatischen Differenzen und zum Beginn des

Zerfalls der Parteimilieus, in die man hineingeboren wurde und in denen man in der Regel auch starb.

Bedrängt von Fremdenfeinden und 68ern

Diese Hoch-Zeit des Bürgerlichen wurde in den 1960er-Jahren von zwei Seiten bedrängt. Zum einen durch rechtskonservative Überfremdungsparteien ab 1964 und zum anderen durch die 68er-Bewegung. Dadurch fand sich das zuvor flächendeckende «Bürgerliche» wieder in der Mitte. Mit der Nationalen Aktion für Volk und Heimat und den Schwarzenbach-Republikanern sowie den kulturevolutionären Bewegungen hatten die «Bürgerlichen» nichts gemein. Das Vernünftige dazwischen war bürgerliche Politik, und diese war nach dem «helvetischen Malaise» von 1964 (Mirage-Affäre) offen für Reformen im Hochschulbereich, in der Wirtschafts-, Sozial-, Konjunktur- und Ausländerpolitik. Keinesfalls war man aber bereit, das bürgerliche Staatswesen in Frage zu stellen, den Vietnamkrieg zu kritisieren oder die Fremdarbeiter nach Hause zu schicken. Die allesamt staatstragenden Bundesratsparteien manövrierten die Schweiz in der bürgerlichen Mitte durch die innenpolitischen Konflikte, und Freisinn, BGB, Konservative und Sozialdemokraten bekämpften gemeinsam den ideologisch aufgeladenen Antietatismus der neuen Linken mitsamt ihren antibürgerlichen Unsittlichkeiten wie den fremdenfeindlichen Populismus der Überfremdungsbewegungen.

Die Entbürgerlichung der Schweiz

Danach änderte sich alles: Das Metronom des «Bürgerlichen» in der Schweiz, die Freisinnig-demokratische Partei, begann nach der Wirtschaftskrise von 1974 über den Zürcher Flügel das zu verspielen, dem sie alles verdankte: ihren Einsatz für den Ausbau und die Perfektionierung eines Staatswesens, das der schweizerische Freisinn seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts erstrebte und ab 1848 beständig fortführte. «Weniger Staat, mehr Freiheit» dementierte Ende der 1970er-Jahre den Kern des bürgerlichen Selbstverständnisses. Wer gegen den schweizerischen Staat war, der war im 19. Jahrhundert ein Ultramontaner, ab Beginn des 20. Jahrhunderts ein Sozialist, ab dem Generalstreik ein Kommunist, in den 1940ern ein Frontenbündler oder ein Vaterlandsverräter, in den 1950ern ein PdA-Mitglied und in den 1960ern ein 68er oder ein PdA-Mitglied.

An seinen Bundesstaat liess der Freisinn nie etwas kommen, bis er es selbst tat. Allerdings hatte es das zürcherische «Weniger Staat, mehr Freiheit» anfangs schwer. Mit der Besetzung Afghanistans durch sowjetische Truppen 1980 begann nochmals der Kalte Krieg, und der liess sich mit «Weniger Staat» nicht durchführen. Erst an der Zeitenwende 1989/90 vereinigte sich der neue Antietatismus aller

Lager: Die GSoA ritt einen Generalangriff auf die Landesverteidigung, die in der Sozialdemokratie und bei den Grünen versammelten Reste der neuen Linken konzentrierten sich auf die Fichen-Affäre und das Südafrikaengagement der Schweiz, der Freisinn beklagte ohne Differenzierung die Sklerotisierung seines Staates, verstand unter «fortschrittlich» alles Globalisierte und wollte zusammen mit der Sozialdemokratie um jeden Preis in den EWR. Die CVP wusste nicht mehr, wofür sie stand und wie sie heissen sollte.

Dafür hatte die SVP, der kleine bürgerliche Bruder des Freisinns, bereits in den 1980er-Jahren die Quadratur des Zeitgeistzirkels geschaffen und war jetzt gut vorbereitet: Ihre antibürgerliche Kombination von Patriotismus, Antietatismus, «Classe politique»-Bekämpfung, Fremdenfeindlichkeit und Sicherheitspolitik reagierte erstens auf die fortschrittsorientierte Verabschiedung des Patriotischen durch den Freisinn und auf die antipatriotisch gewordene Sozialdemokratie. Zweitens übernahm die SVP den antietatistischen Zeitgeist neoliberalen Denkens in der neuen globalisierten Weltordnung und setzte gleichzeitig den Patriotismus mitsamt einem «Law and order»-Populismus gegen die Globalisierungsängste ein. Diese spiegelten sich auch in der Verdrossenheit gegenüber den politischen Eliten, und dagegen rundete drittens der Kampf gegen die «Classe politique» die Programmatik ab.

Damit war das politische Perpetuum mobile der 1990er-Jahre geschaffen. Nach dem Ende der Orientierungssicherheit im Kalten Krieg und am Beginn einer neuen unsicheren Weltordnung war dies mit Abstand das erfolgreichste politische Rezept. Die SVP verstand als Einzige, das Orientierungsvakuum der Zeitenwende zu füllen, und sie nahm sich hierfür von der FDP beides, ihren neuen Antietatismus und ihren verlassenen Schützenverein-Patriotismus. Den Überfremdungsparteien entwendete sie gleich den ganzen politischen Inhalt mitsamt dem Stil fundamentaloppositioneller Protestparteien. Diese rechtskonservativen Protestparteien sind seither von der Bildfläche verschwunden, und mit dem Freisinn ging es von da an bergab. Er hatte mit seinem Rundum-Antietatismus und der Verabschiedung seines republikanischen Patriotismus den Boden unter den Füßen verloren. Verzweifelt versuchte er, «links versus rechts» in «fortschrittlich versus konservativ» umzutaufen, ebenso verzweifelt suizidale Nähe und Distanz zur SVP zumeist gleichzeitig auszuprobieren und konfuse Ideenwettbewerbe zu veranstalten. Kurz: Die Ursprungsbürgerlichen haben ihre politische Orientierung und ihren politischen Instinkt verloren: Mit Ueli Maurer zogen sie nun in Zürich in den Ständeratswahlkampf, mit «Gib Gas, Fiala» wollen sie daselbst ihre Parteipräsidentin in den Nationalrat bringen, und mit der «Easy Swiss Tax» versprechen sie dem Mittelstand 300 Millionen im Jahr. Politik ist hier auf den Ausverkauf gekommen.

Was ist denn heute noch bürgerlich?

Was ist nun seit diesen 1990er-Jahren bürgerlich? Patriotische Gefühle kann man sich bei der SVP holen – allerdings nur in Kombination mit einem antibürgerlichen Antietatismus, einer antihumanistischen Asylpolitik, einer Antivölkerrechtspolitik, einer Antisozialreformpolitik, einer Politik der Steuerungerechtigkeit, einer Antikulturpolitik freysingerschen Zuschnitts, einem der bürgerlichen Kultur konträren Personenkult, einer im Kalten Krieg stecken gebliebenen Landesverteidigungspolitik und einem antiliberalen Kampf gegen eine «Classe politique», der man seit 1928 angehört. Zudem hat der Patriotismus der SVP keinerlei Zukunftsorientierung: Er bezieht seine Kraft nur aus der Tatsache, dass es kein anderes Projekt Schweiz gibt. Der SVP-Patriotismus ist ausschliesslich negativ geladen, dient also den Antis dieser Partei als metaphysischer Gral. Die Parteiführung der SVP hat der SVP den bürgerlichen Inhalt genommen, besteht aber erfolgreich auf der bürgerlichen Verpackung. Ihre Mitglieder empfinden sich gar als die einzig wahren Bürgerlichen.

Jedoch: Eine Ausschaffungsinitiative, die die Sippenhaft fünfzig Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg wieder einführen will, der Kampf gegen eine imaginierte «Classe politique» in unserer Demokratie, der Kampf gegen das humanitäre Völkerrecht und zentrale Institutionen unseres Rechtsstaats, der Kampf gegen schwarze Schafe und der Personenkult – das alles kann schlicht unter keinem Titel mehr als «bürgerlich» bezeichnet werden.

Dass die SVP das Etikett «bürgerlich» bis heute behalten konnte, negiert die Metamorphose, die die Führung dieser Partei realisiert hat. Die allermeisten rechtspopulistischen und radikalen Parteien Europas, die solche Positionen vertreten, sind neue Akteure, und niemand gesteht diesen Kräften dieses ehrwürdige Etikett der Aufklärung zu. Und natürlich finden wir Plakatierungen von der Qualität der drei und einem Schäfchen auch in anderen europäischen Ländern. Nur: Dort fristen sie das Dasein von Affichen, die in der Nacht an Mauern geklebt werden, und erscheinen nicht flächendeckend an den teuersten Standorten im öffentlichen Raum.

Dass das in der Schweiz möglich ist, hat jedoch auch eine erbärmlich gewordene politische Debatte zur Ursache. In dieser reduzieren die Parteien zusammen mit den Medien das Politische auf das Rumkrakeele von Pferdewettrennen, ohne die elementaren Grundlagen politischer Orientierung und politischer Sprache noch ernst zu nehmen. Und exakt derjenige, der am lautesten krakeelt, erhält von den Gratiszeitungen bis zu den Service-Public-Medien mit Abstand am meisten Resonanz. Krakeelen gehört zum Geschäft, nur noch Krakeelen verdirbt das Denken, das politische Handeln und die politische Sprache. Verdorbenes politisches Handeln und Sprechen setzt die Schweiz zu Recht einer irritierten Berichterstattung der verbliebenen

Qualitätszeitungen der Welt aus, denn die Banalität des Bösen beginnt mit der Unfähigkeit, in der politischen Kommunikation die gewachsenen Unterschiede demokratischen Denkens von seinen Auswüchsen zu unterscheiden.

Wo ist nun das «Bürgerliche» der Schweiz hin? Wer kümmert sich heute um das Gemeinwesen Schweiz und versucht es weiterzuentwickeln? Politische Kulturen sind widerständig. Dabei handelt es sich um ideelle Ressourcen, auf die immer wieder zurückgegriffen werden kann. Natürlich sind diese ideellen Ressourcen noch in den Gedärmen des Freisinns und auch der SVP vorhanden. Erstere hat sich von sich selbst entfremdet und ist auf Orientierungssuche. Bei Letzterer hat sich die Parteiführung von der Schweiz wie von bürgerlichem Denken und Handeln entfremdet. Wenn wir jedoch auf die Einheit von innen und aussen Wert legen, dann hat das Bürgerliche allerdings das Lager gewechselt. Dieses ist heute (noch) beim vormals Antibürgerlichen zu Hause.

Die Verbürgerlichung der Schweiz hat die ursprünglich strikt Antibürgerlichen zu Trägern bürgerlicher Kultur gemacht: Die CVP, für die das Bürgerliche einst das Teuflische selbst verkörperte, versucht, rund um ihre Familienpolitik Reste bürgerlichen Ausgleichs und Masses zu finden, und die anderen einstigen Vaterlandsverräter, die Sozialdemokraten, sorgen sich um Sozialreformen, die Steuergerechtigkeit, das Völkerrecht, den Ausbau des Rechtsstaates und um eine Aussenpolitik, die in der Welt einen Unterschied macht. Und schliesslich kümmern sich die einst strikt antietatistischen Bürgerschrecks-Grünen um eine grüne Schweiz mit allen Eigentums- und Rechtsgarantien.